



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Menenius: Irland

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Irland



Das Schema der irischen Frage ist bekannt: die große Insel im Westen Englands, von Fremdstämmigen bewohnt, mit Gewalt unterworfen, widerstrebend gehorchend, die trotz jahrhundertelanger Belastung und Unterdrückung ungebrochene Kraft in bisweilen schrecklichen Aufständen — 1641, 1798, 1803 — erweisend, immer renitent und durch zahlreiche Auswanderer Haß und Mißtrauen gegen England säend, immer wieder Selbstregierung verlangend. Im Norden jedoch der protestantische Ulsterbezirk, der, die Vergewaltigung durch die katholische Vielheit fürchtend, die Regierung, die endlich Home Rule gewähren will, mit Waffengewalt und unversteckter Drohung tyrannisiert, sodaß bei Kriegsausbruch die Frage noch immer der Lösung harrete. Bekannt ist auch, daß dann Ostern 1916 der große Sinn-Feiner-Aufstand losbrach, der eine radikale und sofortige Lösung anstrebte, aber mit der ganzen schonungslosen und brutalen Gewalttätigkeit, die dem Engländer in solchen Fällen eigen ist, niedergeschlagen wurde.

Aber gerade die Wildheit und Grausamkeit, mit der dies geschah, wurde der englischen Sache verhängnisvoll. Man weiß, daß nichts schwieriger ist, als die einmal losgelassene Energie von mit Niederschlagung von Aufständen betrauten verantwortlichen militärischen Führern strikt innerhalb der von (in solchen Fällen meist sehr schwer zu beurteilenden) Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit gezogenen Schranken zu halten, auch beim besten Willen ist es ganz unvermeidlich, daß Ueberreifer untergeordneter Stellen oder verbiesterte Angst der Truppe jenes Maß aus den Augen verlieren. Der Sinn-Feiner-Aufstand war zunächst in Irland, das tüchtig am Kriege zu verdienen im Begriff war, unbeliebt. Infolge der Hinrichtungen und strengen Maßregeln Sir John Maxwell's jedoch vollzog sich ein Umschwung, sodaß sich die Regierung, die Ruhe brauchte, schließlich nicht anders zu helfen wußte als Ende April 1917 eine Versammlung von 94 Irenvertretern nach Dublin zu berufen, die über die Zukunft Irlands beraten und der Regierung geeignete Vorschläge machen sollten. Aber diese Maßregel, die vor dem Kriege noch heilsam hätte sein können, kam jetzt zu spät. Die Verhandlungen waren langwierig und akademisch, größtenteils hatten die Vertreter keine Vollmachten und mußten jeden vorgebrachten Vorschlag erst mit ihren Auftraggebern beraten, andere mußten sich zwischendurch um ihre persönlichen Geschäfte kümmern, Anträge wurden eingebracht und beraten, Gegenanträge gedruckt und verteilt, Kompromißanträge erregten Debatten, aber es war unmöglich zu rechten Beschlüssen zu kommen, da die Teilnehmer, größtenteils konservativ gesinnte alte Nationalisten, wohl spürten, daß sie seit 1914 infolge zunehmender Radikalisierung der Öffentlichkeit den Boden unter den Füßen verloren hatten. Diese zunehmende Radikalisierung nebst der daraus entspringenden Unsicherheit der Vertreter waren auch der Grund, weshalb greifbare Resultate schließlich überhaupt nicht erlangt wurden, wären die alten Parteien der Süduunionisten, der Nationalisten und der Arbeiter einig gewesen, so hätten sich schließlich die Ulster- und Nordunionisten schon aus patriotischen Gründen einer Beseitigung der Schwierigkeiten durch irgendeinen festen Schluß nicht entziehen können, so aber waren, als die Versammlung sich im April 1918 auflöste, praktische Vorschläge nicht möglich, und vielleicht war es gerade das, was die Regierung gewünscht hatte.

In ein neues Stadium trat dann die irische Frage, als am 21. Januar 1919 in Dublin die „Dail Eireann“, die aus 73 bei den Dezemberwahlen in Irland gewählten irischen Republikanern zusammengesetzte irische Nationalversammlung zusammentrat und folgende Proklamation erließ:

„Wir Vertreter des irischen Volkes bestätigen in Anbetracht, daß das irische Volk von rechtswegen ein freies Volk ist, daß es seit sieben Jahrhunderten nie aufgehört die Fremdherrschaft zu bekämpfen und sie mehrere Male mit den Waffen geschlagen hat, daß die englische Regierung in diesem Land heute wie stets in der Vergangenheit sich auf Gewalt stützt und sich durch militärische Besatzung hält im

Gegensatz zum ausdrücklichen Willen des Volkes, daß die irische Republik am Ostermontag 1916 in Dublin im Namen des irischen Volkes von der republikanischen irischen Armee begründet wurde, daß das irische Volk den festen Willen hat, seine vollkommene Unabhängigkeit zu erreichen und zu erhalten, um das Wohl seiner Bürger zu sichern, dies Recht wiederherzustellen, seine Verteidigung zu sichern, den inneren Frieden und die Freundschaft mit allen Völkern zu festigen, eine Verfassung auf dem Willen des Volkes aufzubauen, die gleiche Rechte und Pflichten für alle enthält; daß zu Beginn des neuen Geschäftsabschnittes die Wähler bei den allgemeinen Wahlen im Dezember 1918 die erste Gelegenheit ergriffen haben, mit erdrückender Mehrheit ihre unzerstörbare Treue zur irischen Republik zu erklären; wir bestätigen, im Namen des irischen Volkes, die Errichtung der irischen Republik und verpflichten uns, wir und unsere Mitbürger, diese Erklärung mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln zur Ausführung zu bringen; wir verfügen, daß die gewählten Vertreter des irischen Volkes allein zuständig sind, für das irische Volk Gesetze zu erlassen, und daß die irische Nationalversammlung die einzige ist, der das irische Volk Gehorsam schuldet, wir erklären feierlich, daß die Beherrschung Irlands durch eine fremde Macht ein Eingriff in unser nationales Recht ist, den wir niemals dulden werden, und fordern die englische Besatzung auf, unser Land zu verlassen, wir verlangen, daß unsere Unabhängigkeit von allen freien Völkern der Welt anerkannt und geschützt wird und erklären diese Unabhängigkeit in Zukunft für eine Grundbedingung des Weltfriedens, im Namen des irischen Volkes vertrauen wir unsere Zukunft demütig dem Allmächtigen an, der unsern Vätern durch lange Jahrhunderte der Tyrannei Mut und Festigkeit gab und erleben den göttlichen Segen auf diesen letzten Abschnitt des Kampfes herab, in den wir für die Freiheit eingetreten sind“.

Nachdem auf diese Weise die Unabhängigkeit der irischen Republik proklamiert war, wurde eine vorläufige Verfassung angenommen, eine Botschaft an sämtliche freien Völker der Welt gesandt und O'Connell und Gavan Duffy zu Vertretern der irischen Republik auf der Friedenskonferenz ernannt. Mehr Glück als mit diesen Gesandten, denen die Friedenskonferenz die Türen verschloß, hatte die junge Republik auf den Kongressen der sozialistischen Internationale in Bern und Amsterdam, auf denen die Vertreter der irischen Arbeiterpartei als unabhängige Sektion zugelassen wurden, wodurch die Selbständigkeit Irlands anerkannt war, ja die Amsterdamer Konferenz betonte ausdrücklich das „Recht Irlands auf politische Unabhängigkeit, gewährleistet durch ein freies geheimes Wahlrecht der Volljährigen ohne Beschränkungen oder Verbote und unbeeinflusst durch den Belagerungszustand.“

Daß diese Vorgänge nicht lediglich auf den Konstruktionen oder vorchnellen Wünschen einiger Hitzköpfe beruhten, sondern, wenn auch vielleicht auf die Spitze getrieben, dem Verlangen weiter Volkskreise entsprachen, bewies dann eine Anfang März 1919 an die Friedenskonferenz gerichtete Petition irischer, zum Teil noch nicht einmal demobilisierter, also noch den britischen Militärgesetzen unterstehender Offiziere, darunter zwei Generäle, drei Obersten, sieben Majore, zwei- und vierzig Hauptleute, die auf Unterstützung der irischen Ansprüche abzielte und um so mehr Aufsehen erregte, als unter den Unterzeichnern kein Sinn-Feiner war, die Petition somit als Ausdruck gemäßigter Elemente gelten konnte. „Irland ist jetzt eine eiternde Wunde“, schrieb „Daily News“ damals, „die jeden Tag unheilbarer wird.“ Auch die irischen Bischöfe haben unlängst gegen die militärische Gewalt Herrschaft Englands in Irland protestiert.

Aber wirklich bitter wurde die Lage für England erst, als der amerikanische Kongreß mit 216 gegen 41 Stimmen verlangte, daß die irischen Ansprüche der Friedenskonferenz unterbreitet wurden. Die englische Presse zeterte freilich sofort los, daß dies eine Einmischung in eine rein englische Angelegenheit bedeute und drohte, ihrerseits die Pegerfrage aufs Tapet zu bringen, aber es ließ sich leider nicht aus der Welt schaffen, daß die irische Frage dennoch auch für Amerika von bedeutender Tragweite war. Man über sah nämlich in England, daß in Amerika fünf bis sechs Millionen Iren, mehr als im Mutterlande selbst, wohnen, und

daß bei dem augenblicklich sich fast die Waage haltenden Stimmenverhältnis der beiden amerikanischen Hauptparteien die Stimmen dieser fünf bis sechs Millionen Iren, denen sich eventuell noch die Stimmen von etwa zwanzig Millionen Katholiken und zehn Millionen Deutschamerikaner zugesellen konnten, durchaus ausschlaggebend sein könnten. Die amerikanischen Republikaner folgen in der Unterstützung der irischen Ansprüche nur der jahrzehntelang vom englischen Parlament geübten Taktik des Stimmensfangs, der die Iren stets unterlegen sind, um dann hinterdrein zusehen zu müssen, wie durch geschickt arrangierte Parteikombinationen oder Abstimmungen Reformen unmöglich gemacht wurden. Ob das Interesse für Irland in Amerika, dem wirkliche Kenntnisse irischer Zustände durch die wahrhaft drakonische englische Nachrichtenzensur fast unmöglich gemacht sind, den kommenden Wahlkampf überleben wird, bleibt abzuwarten, jedenfalls aber war Lloyd George, als im Mai zwei Abgeordnete der amerikanischen Iren, Walsh und Dunne, angeblich um sich mit dem Präsidenten der Dail Eireann zu besprechen, die Bitte an ihn richteten, Irland besuchen zu dürfen, nicht imstande, sich dieser Bitte zu entziehen, er tat sogar, sei es im Vertrauen auf die gewöhnliche Oberflächlichkeit von Enquetereisenden, sei es auf etwaige optimistische Berichte nachgeordneter Dienststellen bauend, noch ein weiteres und ließ seinen Vertreter, Sir William Wiseman bei Auslieferung der Pässe den Abgeordneten den ausdrücklichen Wunsch aussprechen, sich gleichzeitig in allen größeren Städten, besonders auch in (dem unionistisch gesinnten!) Belfast umzusehen. Die beiden Herren jedoch gaben diesem Wunsche in einem Maße nach, das die Erwartungen Lloyd Georges sicher bei weitem übertraf und veröffentlichten dann einen Bericht über irische Zustände im allgemeinen, den Belagerungszustand und die Behandlung politischer Gefangener im besonderen, der in Amerika, wo ihn besonders die Hearstpresse begierig nachdruckte, ungeheures Aufsehen erregte und trotz seiner offenkundigen Einseitigkeiten und Übertreibungen am 18. Juni in der „Times“ durch den Staatssekretär für Irland Macpherson nur in einer Weise entkräftet werden konnte, die von den „Daily News“ nicht ohne Unrecht als reichlich ungeschickt kritisiert wurde. Damit nicht genug, stahl sich der Präsident der Dail Eireann, der aus dem Osteraufstand 1916 bekannte de Valera, nach Amerika, um zugunsten eines Sinn-Feiner-Unterstützungsfonds und zur Aufbringung einer irischen Anleihe einen großen Werbefeldzug zu beginnen, der mit dem üblichen amerikanischen Brimborium aufgemacht wird. Zum Beispiel wird in allen großen Hotels von irischen Damen auf kleinen mit den Fahnen der Vereinigten Staaten und der irischen Republik geschmückten Altären Geld gesammelt, amerikanische Soldaten treten in Uniform von der Bühne herab für die Befreiung Irlands ein, die Bostoner Iren versprachen fünfzehntausend Mann für einen Demonstrationsumzug aufzubringen und so weiter. Den Engländern ist dieser Werbefeldzug natürlich äußerst unangenehm, de Valera erklärt jedem, der es hören will, daß bei einer freien Abstimmung vier von fünf Iren für die Republik stimmen würden und erinnert jedermann an die Rolle, die England zum Beispiel im amerikanischen Bürgerkrieg bei der Unterstützung der Südstaaten gespielt hätte. Dennoch ist es fraglich, ob der Feldzug de Valeras Erfolg haben wird. Die amerikanischen Behörden, die den zwar prächtig im Waldorf-Astoria-Hotel wohnenden, aber ohne Paß nach Amerika gekommenen Präsidenten eigentlich verhaften lassen müßten, haben allerdings erklärt, dies nicht tun zu wollen, so lange keine Ausfuhr von Waffen und Heeresrüstung betrieben würde, aber verschiedene andere Umstände haben, englischen, allerdings voreingenommenen, Zeitungen zufolge der Wirkung de Valeras Abbruch getan. Zunächst mußte er amerikanischen Reportern gegenüber zugeben, daß er kein reiner Ire, sondern amerikanischer Bürger ist, sodann vermochte er die Zinsen seiner Anleihe, die sechs Monate nach Abzug der englischen Truppen aus Irland gezahlt werden sollen, nicht zu garantieren, endlich wurde der Effekt seines Erscheinens dadurch geschädigt, daß gleich nach ihm Georges James Bruce von der Highland Land League of Scotland, der Vorkämpfer für schottisches Homerule austrat (der Nachfolger jenes Professors Rob. B. Douglas, der Schottland 1917 auf dem

Kongreß der kleinen Nationen vertrat). Hinzu kommt, daß auch die irisch-amerikanischen Bischöfe sich einstweilen vorsichtig zurückhalten; der Kardinal O'Connell in Boston hat de Valera nicht empfangen wollen, und den Kardinal Gibbons in Baltimore zu sprechen ist ihm nur durch Übrumpelung und inoffiziell gelungen. Der Amerikaner ist zwar im allgemeinen für Homerule begeistert, hat aber andererseits vom Kriege her gegen angebliche oder wirkliche deutschfreundliche irische Mächenschaften noch ein starkes Mißtrauen.

Wie dem nun auch sei, die Lage drängt nach Lösung. Es geht auf die Dauer nicht an, daß eine sehr beträchtliche, mit allen modernen Kriegsmitteln, einschließlich Tanks und Flugzeugen ausgerüstete Seeresmacht das in Gärung befindliche Land niederhält und vereinzelte Gewalttaten wie provokatorische Massenbewegungen doch nicht verhindern kann. Bereits im April schrieb der „Manchester Guardian“: „Die irische Frage berührt unser Ansehen in der Welt in hohem Maße und außerdem unsere Beziehungen zu mindestens einer Großmacht. Der Weltfriede, die Macht und der Bestand des Völkerbundes hängen mehr als irgendetwas sonst von einem engen Einverständnis und von tätiger Zusammenarbeit zwischen uns und den Vereinigten Staaten ab. Dazu aber ist die Veröhnung Irlands notwendig.“ Die Notwendigkeit einer Lösung, die Unhaltbarkeit des jetzigen Zustandes wird von allen englischen Blättern zugegeben, selbst von solchen, die grollend auf den bedeutenden wirtschaftlichen Aufschwung hinweisen, den Irland während des letzten Krieges genommen hat. Daß aber Homerule, in der zuletzt von der Regierung verprochenen Form, heute in Irland meist als unzureichend angesehen wird, hat selbst Macpherson zugegeben, daß andererseits England nicht unmittelbar an seiner Seite einen unabhängigen, ja feindlich gesinnten und rachsüchtigen fremden Staat, der den wichtigsten Teil seiner Handelswege zu kontrollieren in der Lage wäre, dulden kann, ist ohne weiteres einleuchtend. In letzter Zeit hat man daher, wie die Sinn-Feiner, vielleicht nicht ohne Unrecht, behaupten, auf Inspiration Lloyd Georges hin, versucht, einen Mittelweg einzuhalten und vorgeschlagen, Irland zu einem selbständigen irischen Dominion zu machen. Englische Konservative wenden ein, die Dominions erhielten sich selbst, während Irland ohne englische Zuschüsse sofort bankrott wäre, aber im allgemeinen scheint das Manifest der irischen Dominionliga, das der frühere Präsident der Dubliner Irenversammlung von 1917, Sir Horace Plunkett, unterzeichnet hat, doch als ein Ausweg begrüßt zu werden, und, nachdem man mit dem Schutz der Minoritäten jetzt in den Donauländern so viel Experimente macht, scheint auch die Lösung der Ulsterfrage in ein annehmbares Fahrwasser zu geraten, besonders, da auch die Ulsterleute seit dem Streit nicht mehr ganz geschlossen zusammenstehen. Schließlich sind ja Ulster und Südirland wirtschaftlich eben so eng aufeinander angewiesen wie andererseits Irland und England. Zwar verhalten sich die Sinn-Feiner vorläufig gegen das Dominion-Angebot ablehnend, doch scheint man begründete Hoffnungen zu haben, sie eben durch diese Ablehnung als Extremisten zu kompromittieren. Es ist also Aussicht vorhanden, daß man zu einer Einigung gelangt. „Irland“, schrieb die „Times“ Mitte Juni, „ist unsere einzige schwache Stelle. Wären wir dort so erfolgreich gewesen wie anderswo, so würde unser Machtzuwachs im Zentrum jeder Gewinnmehrung in unseren Dominions gleichgekommen sein. Eine Lösung der irischen Frage in diesem Augenblick, die uns die Iren zu Freunden machen würde, würde für unsere Weltstellung einen neuen 1918-Sieg bedeuten. Unseren Diplomaten würde der Rücken gestärkt und unsere Ideen, die jetzt durch den auf ihnen liegenden Verdacht der Unaufrichtigkeit geschwächt werden, würden an durchschlagender Überzeugungskraft gewinnen. So lange das irische Problem nicht gelöst ist, schwächt es unsere Stellung in der Welt und kommt jedes weitere Jahr in seinen Folgen einer Reihe militärischer Niederlagen gleich, eine aufbauende Politik in Irland ist das, was wir augenblicklich in der Welt am notwendigsten brauchen.“

Menenius